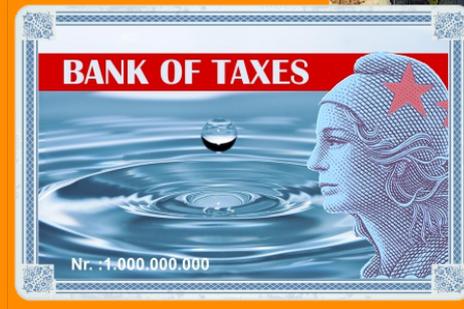


"DIE SPUR DES GELDES" EIN STADTRUNDGANG



TAX
THE
RICH

Impressum:

Attac Düsseldorf

Himmelgeister Straße 107h
40225 Düsseldorf

www.attac-duesseldorf.de

E-Mail: duesseldorf@attac.de

v.i.S.d.P: Thomas Eberhardt-Köster
Himmelgeister Straße 107h,
40225 Düsseldorf

Grafik/Layout: PPU

Bildnachweise:

Grafik „Vermögensverteilung“: Attac Düsseldorf

Übrige Grafiken:

Esther Gonstalla, „Vermögen besteuern jetzt“,
Sonderbeilage taz, März 2025,
herausgegeben u.a. von Attac Deutschland
und Gemeingut in Bürgerinnenhand.



"Die Spur des Geldes"

*Ein interaktiver Stadtrundgang zu Luxus, Finanzwesen
und sozialer Ungleichheit rund um die Düsseldorfer Kö!*

Editorial

Düsseldorf ist die Großstadt mit den meisten Einkommensmillionär:innen in NRW. Aber wie entsteht Überreichtum und was bedeutet eine extreme Ungleichheit für unsere Demokratie?

Um diese Fragen an symbolträchtigen Orten zu vertiefen, haben wir den interaktiven Stadtrundgang „Die Spur des Geldes – Luxus, Finanzwesen und soziale Ungleichheit“ konzipiert. Rund um die Düsseldorfer Königsallee bietet er an verschiedenen Stationen Informationen über die Welt der Überreichen und die Rolle von Banken Unternehmensberatungen, Medien und Lobbyorganisationen.

Zum Nachlesen und Vertiefen der Informationen dient die vorliegende Broschüre. Sie enthält ausführlichere Texte, Schaubilder und Quellen sowie weitere Aspekte, die einzelne Themen vertiefen.

Wir freuen uns über Fragen und Anregungen.

Du erreichst uns per [E-Mail unter duesseldorf@attac.de](mailto:duesseldorf@attac.de)

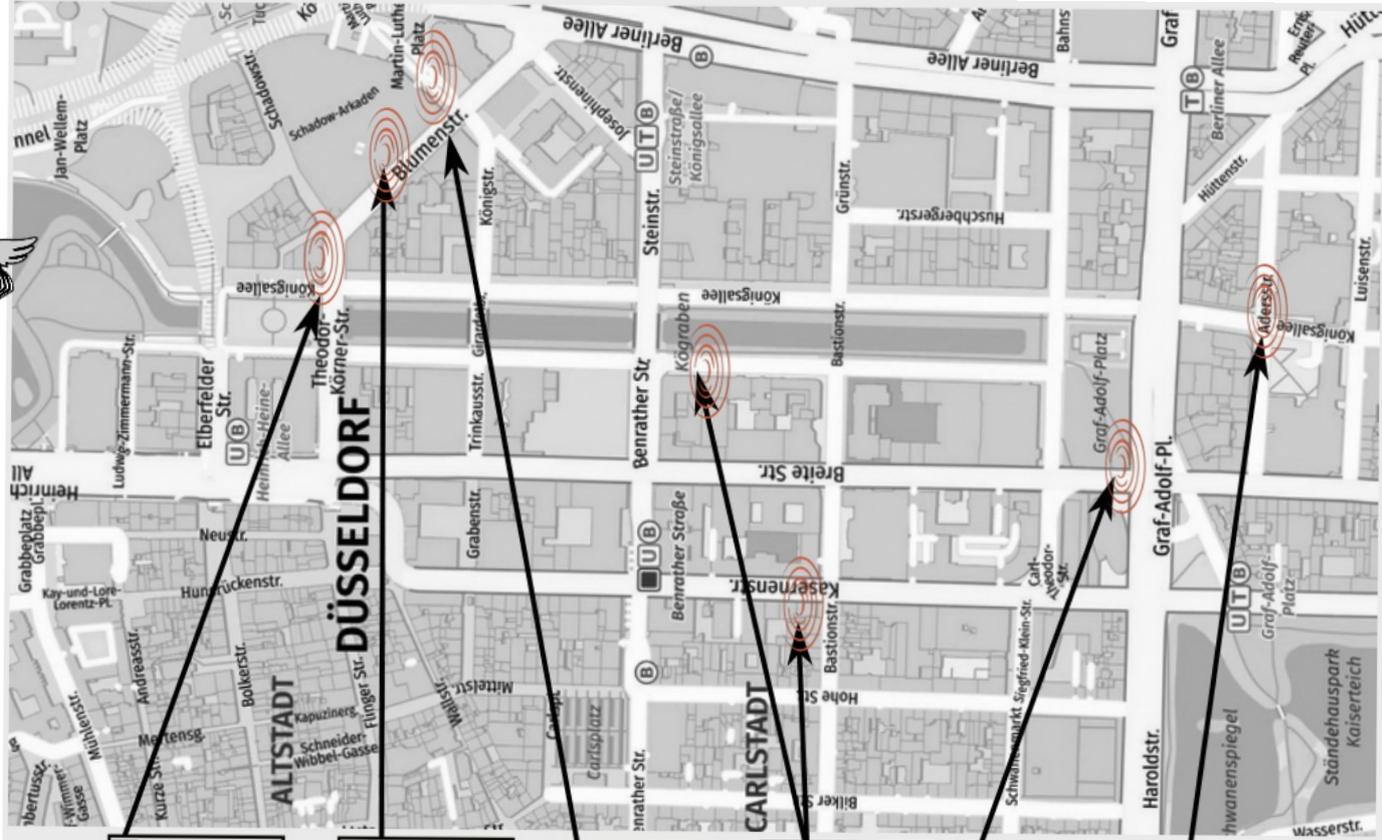
Eine anregende Lektüre wünscht - die Lokalgruppe von Attac Düsseldorf

Düsseldorf. im August 2025



"DIE SPUR DES GELDES" - "TAX THE RICH"

EIN STADTRUNDGANG



4. Station
Überreichtum
Juwelier "Wempe"
(Luxuskonsum)
Königsallee 14

5. Station
Medien
"Rheinische Post"
(Einfluss Vermögensgelder
auf Medien)
Schadowstr. 11b

6. Station
Staat u. Lobby
"MEERX" Group
(Rolle der Politik u.
Lobbyarbeit Vermögensgelder)
Königsallee 2 b

3. Station
Banken "UBS,
Deutsche Bank"
(Rolle der Banken
bei Steuervermeidung)
Kasernenstr. 51
Königsallee 45-47

2. Station
Beratung
"E&Y"
(Rolle Unternehmensber.
bei Steuervermeidung)
Graf-Adolf-Pl. 15

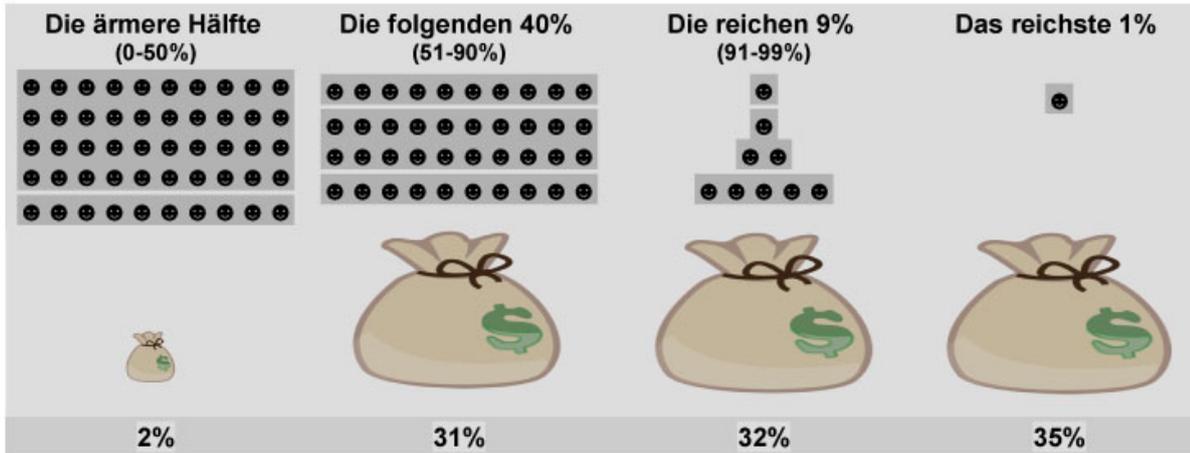
1. Station
Ungleichheit
früher "Aldi"
(Unterschied Alltagskonsum
Vermögende u. Arme)
Königsallee 106

Station 1:

Ungleichheit | Früherer Aldi, Königsallee 106

Wie ist das Vermögen in Deutschland verteilt?

Vermögensverteilung in Deutschland



90% der Bevölkerung besitzt insgesamt nur ein Drittel des Vermögens. Die reichsten 10% besitzen zwei Drittel des gesamten Vermögens.

Betrachten wir hiervon nur die Allervermögendsten, also die reichsten 0,1% der Bevölkerung: Diese sehr kleine Gruppe besitzt 20% des Gesamtvermögens in Deutschland

(Quelle: https://www.diw.de/de/diw_01.c.793802.de/publikationen/wochenberichte/2020_29_1/millionaerinnen_unter_dem_mikroskop_datenluecke_bei_sehr_ho_geschlossen_konzentration_hoehere_als_bisher_ausgewiesen.html#section7)

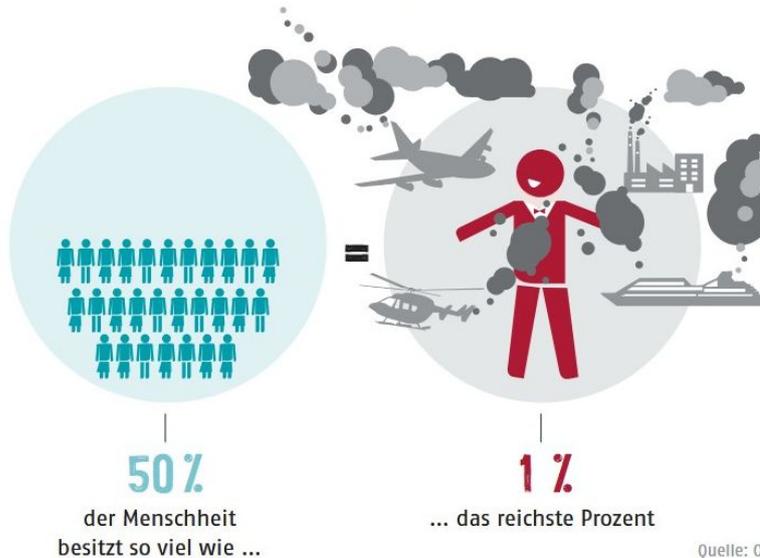
Wie viel CO2 verbrauchen Überreiche?

Yachten, Privatjets, luxuriöser Lebensstil: Die Überreichen haben einen deutlich größeren CO2-Fußabdruck: Laut einer Untersuchung von Oxfam sind die obersten 10% für 28% der CO2-Emissionen verantwortlich, die ärmeren 50% hingegen nur für 27% der Emissionen. Eine Person, die zum reichsten Prozent in Deutschland zählt, ist für 83 Tonnen CO2 verantwortlich, während eine Person aus der ärmeren Hälfte gerade einmal 5,4 Tonnen CO2 verbraucht (Quelle: <https://oxfam.app.box.com/s/31equ0x7xu33sb609tzgfavo5ivwvyezm>).

Überreiche befeuern die Klimakrise aber nicht nur durch ihren Lebensstil, sondern auch mit ihren Investitionen und Beteiligungen – häufig an klimaschädlichen Industrien. Mit ihren Investitionen bestimmen Überreiche mit, was in den größten und mächtigsten Unternehmen der Welt passiert, und sie haben ein großes Interesse daran, dass wirtschaftlich alles so bleibt, wie es ist – inklusive der weiteren Nutzung fossiler Brennstoffe.

DIE SUPERREICHEN SIND AUCH SUPERVERSCHMUTZER

50 der reichsten Milliardäre verursachen durch ihre Investitionen, Privatjets und Yachten in 90 Minuten im Mittel mehr Treibhausgase als ein normaler Mensch in seinem ganzen Leben.



Wieviel Armut gibt es in Deutschland?

Oft hört man „Deutschland ist ein reiches Land“. Doch ein Sechstel der Bevölkerung merkt davon nichts: Sie leben in Armut oder sind armutsgefährdet.

Armutsgefährdet waren im Jahr 2024 15,5 % der Bevölkerung oder rund 13,1 Millionen Menschen. Als armutsgefährdet gilt, wer über weniger als 60 % des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung verfügt. 2024 lag dieser Schwellenwert bei 1 378 Euro im Monat (netto, nach Steuern und Sozialabgaben), für Familienhaushalte mit zwei Erwachsenen und zwei Kindern lag er bei 2 893 Euro im Monat.

Laut dem Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbands ist die Armutsquote gestiegen und liegt im Jahr 2024 um 1,1 Prozentpunkte höher im Vergleich zu 2023. Einkommensarme Menschen sind in den vergangenen Jahren ärmer geworden, stellt der Bericht fest. Ihr durchschnittliches verfügbares Einkommen liegt im Jahr 2024 inflationsbereinigt um 60 Euro niedriger als noch im Jahr 2020 (Quelle: <https://www.der-paritaetische.de/alle-meldungen/paritaetischer-armutsbericht-2025/>).

Wie sind Reichtum und Armut in Düsseldorf verteilt?

Düsseldorf – Stadt der Millionär:innen? Das Klischee stimmt – jedenfalls zum Teil: Über 600 Einkommensmillionär:innen gibt es hier – fast jede Tausendste in Düsseldorf wohnende Person – dies ist die höchste Zahl in NRW (und damit auch mehr als in der Nachbarstadt mit „ö“). (Quelle: <https://www.it.nrw/fast-zehn-prozent-mehr-einkommensmillionaere-nrw-im-jahr-2020-126400>). Die reichsten davon sind überreiche Milliardär:innen, zu denen die Familien Brenninkmeijer (C&A), Henkel, Droege (Droege Gruppe, Beratung und Investment) und Kellerhals (Media Markt) gehören.

Die Kehrseite in dieser Stadt der hohen Lebenshaltungskosten gibt es aber auch, wenngleich das schicke Image der Stadt davon ablenkt: 20% der Düsseldorfer:innen sind armutsgefährdet – mehr als im Bundesdurchschnitt – und Düsseldorf ist traurige NRW-Spitze bei der Altersarmut (Quelle: <https://buendnis-gerechtigkeit-duesseldorf.de/wp-content/uploads/2024/11/Pressegesprach-Wohnungslosigkeit-und-Altersarmut-2024-11-26.pdf>).

Wie wirkt sich Armut im Alltag aus?

Arm zu sein bedeutet zum einen, wenig Geld zur Verfügung zu haben: So haben viele arme Menschen keinerlei Rücklagen, um kurzfristige finanzielle Notlagen zu überbrücken. Bei einem Teil der Armen fehlt auch das Geld, um abgetragene Kleidung zu ersetzen. Sie können sich Freizeitaktivitäten wie einen Kinobesuch im Monat oder den Besuch einer Sportveranstaltung nicht leisten oder es fehlt das Geld, um einmal im Monat Freund:innen zum Essen einzuladen (Quelle: <https://www.boeckler.de/de/boeckler-impuls-was-gegen-armut-hilft-64961.htm%20>).

Mit Armut gehen aber auch viele weitere Benachteiligungen einher: Schwierigkeiten, eine Wohnung zu finden, geringere Bildungschancen, schlechtere Gesundheitsversorgung, niedrigere Lebenserwartung. Ebenfalls mit Armut verbunden sind eine geringere kulturelle und soziale Teilhabe, ein höheres Einsamkeitsrisiko und eine schlechtere psychische Gesundheit. Wer arm ist, wird ausgegrenzt und stigmatisiert.

Besonders wichtig für die Teilhabe der unteren Einkommensgruppen ist eine gute soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge. Dazu zählen unter anderem ein gutes Bildungssystem, eine leistungsfähige Gesundheitsversorgung und ein gut ausgebauter ÖPNV.

Denn Menschen mit sehr niedrigem Einkommen können Defizite in der öffentlichen Infrastruktur nicht durch eigene Mittel ausgleichen wie vermögendere Bevölkerungsgruppen.

Warum bedeutet mehr Gleichheit mehr Glück?

„Ungleichheit macht unglücklich. Wenn man sich fragt, warum Deutschland als drittmächtigste Volkswirtschaft im World Happiness Report nicht einmal mehr unter den Top 20 mitspielen darf, ist ein Teil der Antwort: Weil wir so große Unterschiede in der Verteilung des Reichtums haben. Den Wert von sozialem Frieden und gesellschaftlichem Zusammenhalt, Bildung und seelischer Gesundheit weiß man oft nicht zu schätzen, bis er zerstört ist.“ (Eckart von Hirschhausen).

Gleichere Gesellschaften sind in vielerlei Hinsicht besser: es gibt weniger Kriminalität, die Menschen sind besser gebildet und gesünder. Die allgemeine Zufriedenheit ist höher – auch bei reichen Menschen. Dies zeigte die Untersuchung von Wilkinson/Pickett (2010). In Ländern mit großer Ungleichheit herrscht dagegen ein härterer Statuswettbewerb und der soziale Stress ist größer, was auch die Reichen der Gesellschaft betrifft – siehe z.B. die „Gated Communities“, die gesicherten Wohnbereiche, in denen Reiche in sehr ungleichen Gesellschaften häufig leben.

Menschen ist häufig ihre Stellung in der Gesellschaft wichtiger als ihr absolutes Einkommen.

Sie wollen vor allem nicht deutlich weniger haben als andere – vor allem im Verhältnis zu ihren Bezugspersonen, mit denen sie sich vergleichen, wie Freund:innen, Nachbar:innen. Wichtiger als der absolute Lebensstandard ist es, im sozialen Gefüge nicht abzufallen.

Was kann uns optimistisch stimmen?

Der französische Wirtschaftswissenschaftler Thomas Piketty hat viel über Ungleichheit und Vermögensverteilung geforscht. Er betont, dass es langfristig in der Geschichte seit der Französischen Revolution eine Tendenz zu mehr Gleichheit gegeben hat. Der Grund: gesellschaftliche Bewegungen, die gleichen Zugang zu Grundgütern wie Bildung, Gesundheit, Wahlrecht, Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben gefordert und erkämpft haben. Dabei ging die Entwicklung zu mehr Gleichheit nicht auf Kosten des Wohlstands, sondern sie war im Gegenteil entscheidend für die Entwicklung modernen Wohlstands. Denn eine gleichere Gesellschaft, die z.B. auch mehr Menschen Zugang zu Bildung bietet, war eine notwendige Voraussetzung des enormen Wohlstandswachstums.

„Einfach vom Himmel gefallen ist dieser Fortschritt noch nie. Er hat stets große politische Kämpfe und soziale Mobilisierungen erfordert. Und das wird in Zukunft nicht anders sein. Die gute Nachricht ist, dass diese Kämpfe sich gewinnen lassen.“ (Thomas Piketty)



Station 2:

Beratung | Ernst & Young (E&Y), Graf-Adolf-Platz 15

Was machen die angeblich so seriösen Unternehmensberatungen?

Im Laufe der vergangenen 20 Jahre wurde die Steuervermeidung für die meisten Konzerne zum Geschäftsmodell. Das hat dazu geführt, dass sich eine eigene Welt-Liga von Beratungsfirmen („The Big Four“ genannt) gebildet hat: Deloitte, PricewaterhouseCoopers (PwC) und Ernst&Young (E&Y) mit Sitz in London und die KPMG mit Sitz in der Schweiz. Dabei handelt es sich nicht – wie sich mancher vielleicht vorstellt –, um hilfreiche kleine Unternehmensberatungen, sondern vielmehr um eine gigantische weltweite Beratungsindustrie. Sie sind in nahezu allen Großkonzernen der Welt tätig, und beraten (manipulieren?) sogar Regierungen. Die Big Four beschäftigen zusammen 1,3 Millionen Mitarbeiter:innen in ca. 160 Ländern und erwirtschaften einen Umsatz von 180 Mrd. US-Dollar. Neben der Überprüfung und Bestätigung von Bilanzen geht es insbesondere um Steuervermeidung durch Ausnutzung von günstigen Steuertarifen weltweit – in sogenannten Steueroasen.

Auch die Skandale der Big Four sind legendär: So wurden beim sogenannten Luxemburg-Leaks-Skandal tausende Dokumente bekannt, in denen belegt war, wie PwC die Steuererklärungen von Konzernen wie IKEA, Pepsi, Apple, der Deutschen Bank oder Amazon so „gestaltet“ hatte, dass die Steuerquote auf teilweise unter 0,1% gedrückt wurde. Ein Chefberater wurde bekannt durch die Aussage vor dem britischen Parlament, dass für PwC etwas legal sei, wenn die Chance, vor Gericht zu bestehen, bei 50% liege.

Ernst & Young zahlte 110 Millionen US-Dollar Strafe im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers wegen Bilanztricks, was zum Ausbruch der Weltfinanzkrise 2008 beigetragen hat. Außerdem wurde eine Strafe von 95 Millionen Euro gegen E&Y verhängt im Zusammenhang mit dem betrügerischen Konkurs der Maple-Bank, die mit Cum-Ex-Geschäften aufgefliegen war. Weiterhin laufen gegen E&Y Hunderte von Klagen wegen des Wirecard-Skandals und ein zweijähriges Verbot der Übernahme von neuen Mandaten deutscher Firmen. E&Y hatte die Korrektheit der Unternehmensfinanzen bestätigt, obwohl durch Betrug Milliarden von Euro unterschlagen worden waren. Tausende von Kleinanleger:innen verloren durch den schließlich unumgänglichen Konkurs von Wirecard ihr Ersparnis. Verurteilt wurde E&Y auch wegen Bilanzfälschung bei der Banco National in Brasilien, wegen Insiderhandel und wegen ihrer Rolle bei einem Bestechungsskandal in Südafrika (Gupta-Skandal).

Wer sind die Leidtragenden?

Die Hauptleidtragenden der Steuerdumping-Politik der internationalen Konzerne sind jedoch die Entwicklungs- und Schwellenländer. Das Tax Justice Network schätzt, dass 10% des Vermögens der Welt – etwa 30 Billionen US-Dollar – bereits in Steueroasen untergebracht wurden – darunter ein Drittel aus den Entwicklungs- und Schwellenländern. Jedes Jahr werden eine Billion US-Dollar Gewinne von Firmen in Steueroasen (Länder mit geringen Steuersätzen) ausgewiesen, wobei die Geschäftstätigkeit dieser Firmen dort meist nur in der Miete eines Briefkastens besteht. Die Steuerverluste von Entwicklungsländern sind dadurch höher als die gesamte Entwicklungshilfe. Durch die von den „Big Four“ organisierte Steuervermeidung fehlt diesen Ländern zum Beispiel Geld für das Gesundheitswesen oder die soziale Sicherung.

Station 3: Banken | UBS-Bank, Kasernenstraße 51

Wie funktioniert Steuervermeidung nach Schweizer Art?

Es gibt verschiedene Tricks und Kniffe, sich ärmer zu rechnen, als man ist. Viele Möglichkeiten bieten die großen Privatbanken, z.B die UBS. Sie zählt zu den weltweit größten Vermögensverwalter:innen und verwaltet Privatvermögen von ca. 6 Billionen Dollar.

Hier einige der Methoden, um Vermögen zu verstecken oder Steuerverpflichtungen zu minimieren:

Offshore-Konten: Die UBS bot Kund:innen die Möglichkeit, Konten in Ländern mit strengen Bankgeheimnissen zu eröffnen. Diese Konten ermöglichten es wohlhabenden Kund:innen, Vermögen außerhalb ihrer Heimatländer zu halten, was die Steuerberichterstattung erschwerte.

Strukturierung von Vermögenswerten: Die Bank kann komplexe Finanzinstrumente oder Strukturen verwenden, um Vermögenswerte zu verschleiern oder die Steuerpflicht zu minimieren. Dazu gehören beispielsweise Trusts oder Stiftungen, die in Ländern mit günstigen steuerlichen Regelungen eingerichtet wurden.

Anonymität durch Dritte: Bankkunden nutzen Dritte oder Unternehmen, um ihre Identität zu verschleiern und so die Nachverfolgbarkeit ihrer Vermögenswerte zu erschweren.

Im August 2012 kaufte NRW für angeblich 3,5 Millionen Euro zwei Datensätze, die vor allem deutsche Steuersünder:innen der Schweizer Großbank UBS belasten - und die Bank selbst. Der Staatsanwaltschaft zufolge enthalten die Datenträger Angaben zu rund 750 Stiftungen und 550 Fällen sonstiger Kapitalanlagen mit einem Anlagevolumen von umgerechnet rund 2,9 Milliarden Euro. Allein die Stiftungen sollen mehr als 200 Millionen Euro Steuern hinterzogen haben. Durch Steuerverfahren und Selbstanzeigen seien dem Fiskus seit dem Jahr 2010 mehr als drei Milliarden Euro in die Kassen gespült worden. Deutschlandweit sollen es bis zu sieben Milliarden Euro sein (Quellen: Spiegel 2012, Correctiv, 20.3.2023).

In welche Finanzskandale ist die UBS verwickelt?

Die UBS war im Laufe der Jahre in mehrere bedeutende Finanzskandale verwickelt. Hier sind einige der bekanntesten:

LIBOR-Skandal (2012): Die UBS war eine der Banken, die in den LIBOR-Skandal verwickelt waren, bei dem Banken beschuldigt wurden, die Zinssätze, die sie für Kredite untereinander berechneten, manipuliert zu haben. Die UBS musste eine hohe Geldstrafe zahlen und ihre Praktiken zur Festlegung von Zinssätzen überarbeiten.

Steuerhinterziehungsaffäre (2009): Die UBS wurde beschuldigt, amerikanischen Kund:innen geholfen zu haben, Steuern zu hinterziehen, indem sie ihnen die Eröffnung von Offshore-Konten in der Schweiz ermöglichte. Die Bank musste eine Geldstrafe von 780 Millionen US-Dollar zahlen und sich verpflichten, Informationen über ihre Kund:innen offenzulegen.

Manipulation von Devisenkursen (2014): Die UBS war auch in einen Skandal verwickelt, der die Manipulation von Devisenkursen betraf. Die Bank wurde zusammen mit anderen Finanzinstituten mit Geldstrafen belegt, weil sie an unlauteren Praktiken beteiligt war, die den Devisenmarkt beeinflussten.

Kreditvergabe an die griechische Regierung (2009): Die UBS wurde kritisiert, weil sie der griechischen Regierung bei der Verschleierung von Schulden geholfen hatte, was zur Eurokrise beitrug.

Der KWL-Skandal (2003): Der damalige Chef der Leipziger Wasserwerke, Klaus Heininger, hatte ohne Wissen der Aufsichtsgremien im Namen der Wasserwerke hochriskante Credit Default Swaps (deutsch: Kreditausfallversicherungen) mit der Schweizer Großbank UBS abgeschlossen (auf Initiative der Bank!). Heininger war dabei mit 3,7 Millionen Euro bestochen worden, auch die Vermittler der Bank kassierten Provisionen in Millionenhöhe. Auf die Stadt Leipzig kamen in der Folge Bankforderungen in Höhe von 285,5 Millionen Euro zu.

Banken | Deutsche Bank, Königsallee 45-47

Welche Geschäfte tätigt die Bank im Dienst von Überreichen?

Die Deutsche Bank hat sich vor zwei, drei Jahren im Rahmen einer neuen Wachstumsinitiative im Geschäft mit den Überreichen umstrukturiert. Bisher wurden Überreiche zentral aus Frankfurt bedient. Jetzt hat die Bank an den sechs bestehenden „Wealth-Management-Standorten“ Frankfurt, Düsseldorf, Hamburg, Berlin, München und Stuttgart eigene Beratungsteams angesiedelt.

Immer relevanter für die Überreichen werden die sogenannten alternativen Anlageklassen im Investmentbanking. Zur genauen Kund:innenzahl schweigt die Bank, es geht wohl um eine dreistellige Zahl von Menschen mit einem Vermögen im deutlich dreistelligen Millionenbereich (Quelle: Deutsche Börsenzeitung, 18.3.2024). Investmentbanking ist der Teilbereich einer Bank, der sich nicht um „normale“ Kund:innen kümmert – also nicht um Konten, Kredite oder Geldautomaten –, sondern um große Geschäfte mit Unternehmen, Regierungen oder sehr reichen Kund:innen. Es geht darum, beim Kauf und Verkauf von Firmen zu helfen, neue Aktien an der Börse herauszugeben oder mit riskanten Finanzprodukten zu handeln.

Warum wird das Investmentbanking kritisch betrachtet?

Das Investmentbanking der Deutschen Bank steht seit Jahren im Fokus kritischer Betrachtungen. Trotz oder wegen seiner Rolle als bedeutender Ertragsbringer ist dieser Geschäftsbereich wiederholt durch Skandale, Risikoversäumnisse und ethische Bedenken aufgefallen (Quelle: Der Spiegel, 23.09.2020). Banken setzen dabei oft auf komplizierte und risikoreiche Finanzgeschäfte, bei denen es vor allem um schnellen Profit geht. Genau das hat in der Vergangenheit zu vielen Skandalen und sogar zur Finanzkrise 2008 beigetragen. Die Verluste treffen am Ende häufig die Allgemeinheit, wenn der Staat Banken retten muss.

Einige Beispiele für solche skandalösen Geschäfte:

LIBOR-Manipulationen: Dabei ging es um die Manipulation von Referenzzinssätzen. 2015 wurde die Deutsche Bank wegen ihrer Beteiligung am LIBOR-Skandal mit einer Rekordstrafe von 2,5 Milliarden US-Dollar belegt.

Cum-Ex-Geschäfte: Bereits 2007 wusste die Bank von dubiosen Cum-Ex-Transaktionen, bei denen der Staat um Milliarden betrogen wurde. Statt die Behörden zu informieren, betätigte sie sich als Dienstleisterin und profitierte von den Geschäften.

Geldwäsche-Vorwürfe: Zwischen 2011 und 2015 ermöglichte die Deutsche Bank durch sogenannte "Mirror Trades" die Verschiebung von rund 10 Milliarden US-Dollar aus Russland. Obwohl mehrere Aufsichtsbehörden ermittelten, blieben harte Konsequenzen aus.

Was macht die Deutsche Bank in Steueroasen?

Im April 2013 begann ein Konsortium internationaler Medien, Berichte über Steueroasen zu veröffentlichen, die etwa 130.000 Personen und alle Großbanken betrafen. Nach Recherchen des Norddeutschen Rundfunks und der Süddeutschen Zeitung hat die Deutsche Bank über ihre Niederlassung in Singapur Hunderte Firmen und Trusts in mehreren Steueroasen, größtenteils auf den Britischen Jungferninseln, gegründet. Die Panama-Papers hatten auch offenbart, dass allein die Deutsche Bank 426 dubiose Firmen von der panamaischen Skandal-Kanzlei Mossack-Fonseca gründen ließ. Auf der Website Deutsche Bankoffshore.com warb sie für ihre Offshore-Dienste. Dort hieß es beispielsweise, die Steueroase Mauritius biete „eine steuerneutrale Umgebung“.

Station 4:

Überreichtum | Juwelier Wempe, Königsallee 14

Wie entsteht Reichtum?

Tüchtige Menschen können durch Arbeit zwar viel Wohlstand erlangen, aber niemals so viel, dass sie nur von den Erträgen ihres Kapitals leben können. Stattdessen wird Reichtum häufig vererbt oder durch die Ausbeutung der Arbeit anderer erzeugt. Großer Reichtum entsteht oft nicht durch eigene Arbeit, sondern durch die Aneignung des Mehrwerts, den andere schaffen.

Welche Beispiele aus der Geschichte gibt es?

Historische Beispiele dafür sind die feudale Ausbeutung im Mittelalter, als adlige Grundbesitzer von der Arbeit leibeigener Bauern und Bäuerinnen profitierten. Beispiele für vorindustriellen Reichtum sind die Familien Thurn und Taxis oder in Düsseldorf die Grafen Spee.

Ab dem 18. Jahrhundert wird die industrielle Ausbeutung wichtiger, als Fabrikarbeiter:innen unter miserablen Bedingungen lebten und arbeiteten und Hungerlöhne erhielten. Auch die Kolonialisierung und Sklav:innenarbeit trugen zur Ansammlung von Reichtum bei.

Wie findet Mehrwertaneignung heute statt?

Heute findet Mehrwertaneignung in anderer Form auch noch statt, beispielsweise durch niedrige Löhne, die unter dem Wert der tatsächlich erbrachten Arbeit liegen. Unternehmen maximieren ihre Gewinne, indem sie die Löhne unter der Produktivität halten, und schaffen so enorme Kapitalrenditen. Ein Beispiel dafür sind große Konzerne, bei denen der Gewinn pro Mitarbeiter:in oft mehrere Zehntausende Euro beträgt, während die Löhne im Verhältnis dazu relativ niedrig sind.

Eine weitere Form der Aneignung ist die Praxis von sogenannten „Heuschrecken“ – Investor:innen, die Unternehmen kaufen und mit Krediten bezahlen, die sie dann mit den Unternehmensgewinnen zurückzahlen, die die Arbeitnehmer:innen erarbeiten. So profitieren Investor:innen vom Unternehmen, ohne eigenes Kapital einzubringen.

Auch über Finanzmärkte wird Reichtum angehäuft. Investor:innen kaufen Aktien, erhalten Dividenden oder machen Gewinne durch Kurssteigerungen. Der Ökonom Thomas Piketty hat nachgewiesen, dass große Vermögen durchschnittlich eine Kapitalrendite von 8% jährlich erzielen, was bedeutet, dass sie viel schneller wachsen als die Wirtschaft selbst und die Kluft zwischen Kapital- und Lohneinkommen deshalb wächst.

Wie kann Reichtum noch entstehen?

Es gibt auch Formen der Reichtumsbildung durch kriminelle Machenschaften. Historische Beispiele sind die „Arisierung“ jüdischer Unternehmen und Zwangsarbeit während des Nationalsozialismus oder die

Machenschaften von Banken in der Finanzkrise 2008, bei der Banker und Investor:innen durch betrügerische Finanzprodukte reich wurden. Manche Gewinne werden illegal erworben und der Besteuerung entzogen. Das Geld nennt man dann Schwarzgeld. Bei Juwelier:innen kann man es unauffällig scheinlegalisieren, „waschen“.

Reichtum kann auch in der Unterhaltungsbranche oder im Spitzensport entstehen, wobei oft fragwürdige Methoden wie Steuervermeidung oder die Ausnutzung von Prominenz für Werbung eine Rolle spielen. Selbst in diesen Branchen ist der Reichtum nie nur das Ergebnis persönlicher Leistung, sondern wird in gesellschaftlichen Strukturen durch die Zusammenarbeit vieler Menschen erzielt, die nicht immer gerecht daran beteiligt werden.

Wie werden Erb:innen großer Vermögen begünstigt?

Bei der Vererbung großer Vermögen wird übrigens oft weniger Erbschaftsteuer fällig als bei den „normalen“ Erbfällen. Beispiel: Wer von der Tante eine Wohnung erbt, zahlt Erbschaftsteuer. Wer ein Wohnungsunternehmen mit 1000 Wohnungen erbt, zahlt kaum oder gar keine Erbschaftsteuer. Für Unternehmen gelten nämlich andere Regeln.

Ein anderes Beispiel betrifft den alten Adelsbesitz. Hier wurde bis nach dem 2. Weltkrieg oft die Konstruktion des „Familienfideikommiss“ angewendet. Die Erb:innen wurden bei dieser Rechtskonstruktion nicht als Besitzer:innen des Familienvermögens angesehen, sondern nur als dessen Nutznießer:innen und Treuhänder, die das Familienvermögen für kommende Generationen erhalten sollten. Da die so ererbten Grund- oder Immobilienwerte nicht als persönlicher Besitz angesehen wurden, wurde auch keine Erbschaftsteuer fällig.

Mit der trickreichen Handhabung des Fideikommiss-Rechts konnte auch die reichste Düsseldorfer Familie, die Grafen Spee mit ihrem Schloss und Park in Heltorf, ihren Besitz über Jahrhunderte erhalten und sogar die Enteignung durch die Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg abwenden. Für Normalsterbliche gibt es kein vergleichbares Privileg.



Station 5:

Medien, Staat und Lobby | Rheinische Post, Schadowstr. 11B

Welche wirtschaftlichen Probleme hat der Pressemarkt?

Digitalisierung, sinkende Printauflagen, Anzeigenschwund: Damit rechtfertigen Verlagskonzerne seit vielen Jahren Entlassungen und Personalabbau. Häufig sind Übernahmen und Investitionen von Milliardär:innen für die Nachrichtenmedien die einzige Möglichkeit zu überleben.

Wer beherrscht den Pressemarkt in Deutschland?

Der Pressemarkt in Deutschland wird von Überreichen beherrscht. Die Medienmacht ist in der Hand weniger Milliardär:innen und Millionär:innen.

Im Milliardärsbereich bewegen sich Springer, Bauer, Burda und Bertelsmann.

Auf der Millionärssebene folgen Medien Union, Holtzbrinck-Verlag, Dieter von Holtzbrinck Medien, Funke, Münchner Merkur, M. DuMont Schauberg und Spiegel-Gruppe.

Diese elf teilen sich im Wesentlichen den Pressemarkt in Deutschland auf. Und 99,5 Prozent der am Kiosk verkauften Tageszeitungen gehen auf das Konto der fünf größten Verlagsgruppen.

Wenn also immer mehr Menschen den Massenmedien misstrauen, dann müssen wir fragen: Wem gehören diese Medien? Und: Was gehört ihnen noch?

Familie Mohn aus Gütersloh steht hinter dem Bertelsmann-Konzern (unter anderem RTL sowie Beteiligungen etwa an Gruner + Jahr und damit indirekt auch an der SPIEGEL-Gruppe) und kommt auf ein Vermögen von 3,2 Milliarden Euro.

Friede Springer, Verlegerwitwe, Großaktionärin des Springer-Konzerns ("Bild", "Welt") und laut manager magazin rund 4,1 Milliarden Euro schwer.

Überreiche setzen ihre Medienmacht ein, um wirtschaftsfreundliche, neoliberale Ideen zu verbreiten und um die öffentliche Meinung zu beeinflussen.

(Quelle: Ulrike Sumfleth, „Verlagskonzerne und ihr Märchen von der Pressefreiheit, <https://sintfluth.de/sintfluth-blog/simulierte-diskurse-verlagskonzerne-und-ihr-maerchen-von-der-pressefreiheit>)

Wie sieht der Pressemarkt in Düsseldorf aus?

In Düsseldorf gibt es die Lokalzeitungen Rheinische Post (RP, Rheinische Post Mediengruppe) und Neue Rhein Zeitung (NRZ, Funke Mediengruppe). Die überregionale Wirtschaftszeitung „Handelsblatt“ (DvH Medien) hat hier ihren Sitz. Außerdem berichten aus Düsseldorf die Springer-Erzeugnisse Bild und Welt am Sonntag und die regionale Boulevard-Zeitung Express (M. DuMont Schauberg).

Im Zuge der Krise der Presseverlage wurden mehr und mehr Stellen abgebaut, Redaktionen wurden zusammengelegt oder geschlossen, wodurch die Medien- und Meinungsvielfalt zurückging. RP und NRZ kooperieren und stellen sich bei der Lokalberichterstattung seit 2014 gegenseitig Material zur Verfügung. Die Düsseldorfer Redaktion der Westdeutschen Zeitung (WZ) schloss im Jahr 2020.

Welches wirtschaftliche Modell beherrscht den Pressemarkt?

Die Verlagskonzerne sind heutzutage meist Mischkonzerne mit zahlreichen, teilweise undurchsichtigen Beteiligungen rund um den Globus. Sie investieren in pressefremde Geschäfte und betreiben politische Lobbyarbeit.

Unsere hergebrachte Vorstellung von „Verlagen“ und „Verlegern“, von Journalismus als Kulturgut, trifft für den größten Teil der Medienlandschaft nicht mehr zu: Globale Player wie die Verlagskonzerne sind eindeutig dem System Wirtschaft zuzuordnen – und der Zweck der Wirtschaft ist Kapitalvermehrung.

Welche Auswirkungen hat dies auf den Journalismus?

Dies wirkt sich auch auf die Arbeit von Journalist:innen aus: Redaktionen werden benutzt als politisches Lobbyinstrument und als Werbe-Handlanger für kommerzielle Zwecke.

Die Aufgabe von Journalist:innen, zu recherchieren, in ihren Artikeln Ereignisse zu hinterfragen und einzuordnen wird erschwert: Die im Grundgesetz garantierte Pressefreiheit wird von den Verlegern in Anspruch genommen, sie gilt nicht für angestellte Journalisten. Freie Journalist:innen müssen jeden Artikel einzeln verkaufen in einem Markt, den wenige Arbeitgeber beherrschen und in dem es kaum Jobs außerhalb dieser wenigen Anbieter gibt.

Wie wirkt sich dies auf die Gesellschaft aus?

Die Presse kann ihre Kontrollfunktion als „vierte Macht“ im Staat so immer weniger ausüben. Wenn die Vierte Gewalt in der Hand von wenigen liegt, stellt das ein Risiko für die Unabhängigkeit und die Meinungsvielfalt dar. Es gibt eine Glaubwürdigkeitskrise der privaten Medien – mit Gefahren für die Demokratie.

Was tut das Recht gegen Medienkonzentration?

Es gibt im Medienbereich zahlreiche Aufsichtsinstanzen wie das Kartellamt und das Rundfunkrecht. Gleichzeitig gehen Jahr für Jahr 99,5 % aller am Kiosk verkauften Tageszeitungen auf das Konto der fünf größten Verlagsgruppen, ohne dass eine dieser Instanzen Alarm schlägt.

Global gesehen fördert das Kartellrecht Oligopole, anstatt freien Wettbewerb in Ländern zu ermöglichen: wenige kapitalstarke Unternehmen teilen sich dann einen Markt auf. Die Entwicklung im Pressemarkt gleicht der in anderen Branchen, etwa im Energie- oder Kliniksektor.

Die Auswirkungen der Marktverhältnisse auf Pressefreiheit und Demokratie werden nicht ausreichend systematisch untersucht, transparent gemacht und diskutiert.

Was tun? Wie können wir unabhängigen Journalismus fördern?

Die Frage ist, wie viel Journalismus als Ware sich eine Demokratie leisten kann. Demokratie braucht immer auch Selbstzweck-Journalismus - also Verlage ohne Beteiligungen an pressefremden Geschäften.

Auf der persönlichen Ebene können wir uns fragen, in welchen Medien wir uns informieren und wie wir unabhängigen Journalismus unterstützen können.



Beispiele für reine Presseverlage oder gemeinwohlorientierten Journalismus:

- Correctiv (gemeinnützig, getragen durch private Spenden und Zuwendungen von Institutionen)
- krautreporter (gemeinnützig, Genossenschaft)
- klimareporter Online-Magazin und Newsletter (gemeinnütziger Verein Klimawissen e.V.)
- taz (herausgegeben von der taz Genossenschaft)
- Blätter für deutsche und internationale Politik

Beispiele für Online-Magazine über Düsseldorf:

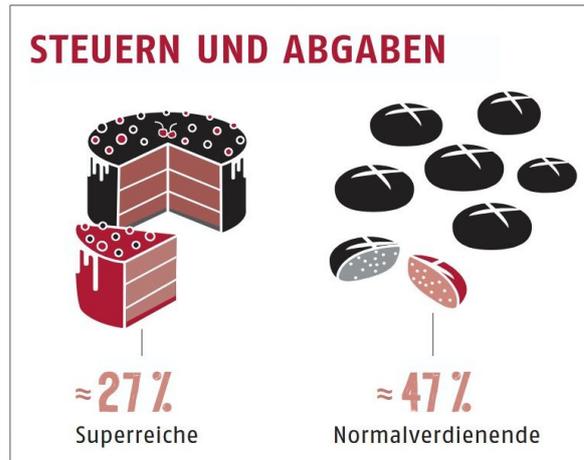
- <https://www.ddorf-aktuell.de/>
- <https://www.neue-duesseldorfer-online-zeitung.de/>
- <https://www.viernull.de/>
- <https://www.lokalbuero.com/>

Staat und Lobby | MEERX group, Königsallee 2

Der Inhaber, Marco van der Meer, ist Regionalvorsitzender des Lobbyverbandes „Die Familienunternehmen“

Wie hat sich das Steuersystem in den letzten Jahren verändert?

Seit Jahrzehnten werden Vermögen gar nicht mehr, Kapitaleinkommen immer weniger und Arbeitseinkommen und Verbrauch immer stärker besteuert. Dadurch zahlen Überreiche im Verhältnis deutlich weniger Steuern als Normalverdiener:innen. Diese steuerliche Bevorzugung der Überreichen führt zu immer mehr Ungleichheit. Dies will Attac mit einer gerechten Besteuerung von Vermögen beenden.



Warum ist maßlose Ungleichheit schädlich?

Maßlose Ungleichheit zerstört die soziale Grundlage für eine funktionierende Demokratie. Überreiche können ihr Geld nutzen, um politischen Einfluss auszuüben, z.B. über Parteispenden und Lobbyarbeit. Dabei müssen sie nicht direkt auf die Politik einwirken, um ihre Interessen zu sichern. Auch durch (anteiligen) Besitz an Medienkonzernen und Social-Media-Plattformen können sie die öffentliche Meinung zu ihren Gunsten beeinflussen (siehe Station „Medien“).

Überreiche investieren in die Wirtschaftswachstumsmaschine, die Umwelt und Klima zerstört. Zudem zerstört ein luxuriöser Lebensstil, den sich nur Überreiche leisten können, die Natur und schädigt damit das Klima und damit die Grundlage unserer Existenz. So stoßen allein die 50 reichsten Milliardäre in 90 Minuten mehr CO₂ aus, als der weltweite Durchschnitt in seinem ganzen Leben (siehe Station „Ungleichheit“).

Wer ist mit den „Überreichen“ gemeint?

Es geht um Multimillionär:innen, Milliardär:innen und deren Erb:innen, die längst nur noch von Kapitaleinkünften leben. Es geht um Privatjets und Luxusjachten. Es geht nicht um Handwerksbetriebe und Einfamilienhäuser.

In Deutschland besitzt das reichste Prozent der Bevölkerung gut ein Drittel des Vermögens. Die ärmere Hälfte hat zusammen nicht einmal zwei Prozent (siehe Station „Ungleichheit“). Die Überreichen werden immer reicher, während für die meisten Menschen auch hierzulande „Vermögensaufbau“ längst ein Fremdwort ist.

Wenn wir von Überreichtum sprechen, meinen wir nicht das elterliche Heim. Wir meinen Multimillionär:innen, die mit einem Investitionsvermögen von 20 Millionen Euro und mehr an den Kapitalmärkten agieren und trotzdem kaum Steuern zahlen.

Was bringt eine gerechte Besteuerung von Überreichen?

Mit gerechten Vermögen- und Erbschaftsteuern lassen sich Vermögen über 20 Millionen Euro abschmelzen. So können wir Daseinsvorsorge, soziale Gerechtigkeit und den klimagerechten Umbau der Wirtschaft finanzieren: gute Schulen, gute Pflege und Gesundheitsversorgung, zuverlässige Busse und Bahnen, stabile Brücken, die Energie- und Wärmewende und vieles mehr. Der Wirtschaft geht es nicht besser, seit die Reichen immer reicher werden, und es schadet ihr nicht, wenn sie ärmer werden. Auch international – bei der G20 und der UNO – steht die Reichenbesteuerung auf der Tagesordnung. Elon Musk und Co. können dann gern auf den Mars auswandern. Eine gerechte Steuerpolitik ist machbar – auch gegen die Macht der Überreichen. Was wir brauchen, ist politischer Druck.



VERMÖGENSTEUER VON 2 %

auf Vermögen ab 100 Mio. Euro

Damit könnte bis 2035
finanziert werden:



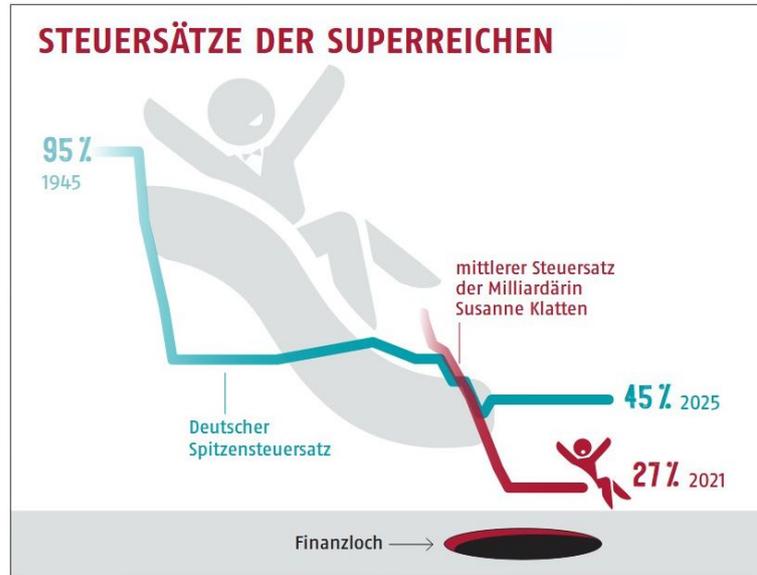
= 25 Milliarden Euro
(jährliche Einnahmen/Ausgaben)

Quelle: Gemeingut

Warum wird die Vermögensteuer in Deutschland nicht mehr erhoben?

Die Vermögensteuer betrug bis zu ihrer faktischen Abschaffung 1% auf das gesamte Vermögen oberhalb eines Freibetrages von 120.000 DM pro Person. Die Abschaffung erfolgte in Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts, in dem aber lediglich die viel geringere Besteuerung der Immobilien im Vergleich mit anderen Vermögen bemängelt wurde. Als Vorwand für die Abschaffung diente u. a. auch eine Bemerkung in der Urteilsbegründung, dass die gesamte Steuerlast maximal in der Nähe der Hälfte des Einkommens liegen dürfe („Halbteilungsgrundsatz“) und dass sie nicht höher sein dürfe als der zu erwartende Gewinn („Sollertrag“). Da damals der Spitzensteuersatz für Einkommen noch bei 53% lag, beschloss der Bundestag mit schwarz-gelber Mehrheit kurzerhand, die Steuer nicht mehr zu erheben. Im Grundgesetz steht die Vermögensteuer immer noch, sie wird nur nicht mehr erhoben.

Der damalige Verfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde kritisierte diese Entscheidung in einem ungewöhnlich scharfen Sondervotum: Die Sicherung der unbegrenzten Vermehrung von Eigentum sei nicht Inhalt des Grundgesetzes. Wenn die Ungleichheit sich „ungezügelt potenzieren“ kann, gerate die verfassungsgemäße Ordnung insgesamt in Gefahr. Er kritisierte ebenso die vom Urteil geforderte Beschränkung der Besteuerung auf den Sollertrag. 2006 wurde dann vom Bundesverfassungsgericht klargestellt, dass der Halbteilungsgrundsatz nicht gilt.



Was schlägt Attac vor?

Der Vorschlag von Attac sieht vor, dass das gesamte Vermögen einschließlich des Auslandsvermögens auf der Basis des um 30% reduzierten aktuellen Marktwertes versteuert wird. Der Freibetrag soll eine Million Euro pro Person betragen. Eine Altersversorgung ohne Kapitalwahlrecht bei der Auszahlung wird nicht angerechnet. Attac schlägt einen Stufentarif vor, der mit einem Steuersatz von 1% beginnt. Bei 20 Millionen

Euro erreicht die Steuer 10%. Danach steigt sie weiter progressiv an bis zum Spitzensteuersatz von 20% für Milliardär:innen. Dabei muss man bei der Abschätzung der Umverteilungswirkung berücksichtigen, dass das Vermögen von Milliardär:innen vor Steuern im Durchschnitt um mehr als 10% wächst. Inlandsvermögen von Ausländer:innen werden ebenfalls besteuert.

Tab. 4: Vorschlag zur Vermögensbesteuerung

Vermögen	Vermögenssteuer-Vorschlag (Stufentarif)*		Vorschlag von Piketty**	
< 1 Mio. €	0 €	0 %	10.000 €	1%
(>) 1 Mio. €	0 €	1 %	20.000 €	2%
(>) 5 Mio. €	40.000 €	2 %	250.000 €	5%
(>) 10 Mio. €	140.000 €	5 %	500.000 €	5%
(>) 20 Mio. €	640.000 €	10 %	2 Mio. €	10%
(>) 200 Mio. €	19 Mio. €	15 %	120 Mio. €	60%
(>) 1 Mrd. €	139 Mio. €	20 %	600 Mio. €	60%
10 Mrd. €	1,94 Mrd. €	20 %	9 Mrd. €	90%

* Steuer für die Untergrenze der jeweiligen Stufe

** Eigene Berechnung – effektive Steuer für die Untergrenze der jeweiligen Stufe. Erläuterungen dazu im Text (siehe Piketty 2019).

Die von Attac vorgeschlagenen Steuersätze verhindern, dass die Vermögenskonzentration weiter zunimmt und sie bewirken zugleich, dass Vermögen über 20 Millionen schrittweise abgebaut werden. In Kombination mit der von Attac vorgeschlagenen Einkommensteuer kann so erreicht werden, dass Milliardenvermögen in ca. 20 bis 40 Jahren auf das gesellschaftliche akzeptierte Maximalvermögen von 20 Millionen Euro reduziert werden. Natürlich steht es den Eigentümer:innen von großen Vermögen frei, das Geld in Form von Stiftungen oder Schenkungen für andere Zwecke einzusetzen. Im Falle von Schenkungen müssen die Empfänger das Geld wie eine Erbschaft versteuern. Im Falle einer Stiftung hängt die Art der Steuer von der Art der Stiftung ab.

Wie nimmt die Lobby der Vermögenden Einfluss?

Die Lobby der Vermögenden nimmt seit Jahrzehnten massiv Einfluss auf die Politik. Insbesondere in der CDU/CSU und bei der FDP, aber leider auch bei der SPD und den Grünen findet sie Gehör. Die Lobbygruppen der Vermögenden und Unternehmensverbände betreiben aufwendige und gut vernetzte Lobbyarbeit gegen die Besteuerung von Reichtum. Mit diesen Lobbykampagnen haben sie den steuerpolitischen Diskurs geprägt, etwa mit Horrorszenerarien über die Auswirkungen der Vermögensteuer. Sie treffen sich hinter verschlossenen Türen mit der Politik und tarnen sich als Fürsprecher mittelständischer Familienunternehmen.

Wer ist die Lobby des großen Geldes?

Wenig bekannt, irreführender Name, eng vernetzt mit der Politik – das ist die Stiftung Familienunternehmen. Anders als der Name suggeriert, ist die Stiftung kein Wohltätigkeitsverein für kleine Handwerksbetriebe oder Landgasthöfe, sondern eine Lobbyorganisation für Überreiche und deren Unternehmen. Die Stiftung vertritt

nur die größten Familienunternehmen in Deutschland. Auch wenn die Stiftung zu ihren einzelnen Mitgliedern und Förderer:innen keine Angaben macht, kann man Schlüsse ziehen: Mitglieder seien „über 600 Firmen aus dem Kreis der größten deutschen Familienunternehmen.“ Das bedeutet, dass die Stiftung nur etwa 0,02% aller rund 3,4 Millionen Familienunternehmen vertritt.

Zweiter großer Lobbyakteur gegen die Besteuerung von Reichtum ist der Verein „Die Familienunternehmer“. Der Name ist zum Verwechseln ähnlich und auch hier steht der Name „Familienunternehmer“ keineswegs allein für kleine und mittelständische Unternehmen oder gar alle Familienunternehmen. Der Verein hat 6.500 Mitglieder. Kriterium für einen Mitgliedsantrag ist ein Umsatz von mehr als einer Million Euro und mindestens 10 Mitarbeitende. Von rund 3,1 Millionen Kleinst-, kleinen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland (2021) waren demnach nur ca. 17% überhaupt berechtigt, einen Mitgliedsantrag zu stellen. Die Unternehmen der Mitglieder, die im Verband den Ton angeben, sind vor allem große Unternehmen. Im Präsidium der Stiftung trifft man z.B. wieder auf Namen, die zu großen Unternehmen gehören: Oetker, Deichmann, Zinkann (Miele) (Quelle: <https://www.lobbycontrol.de/reichtum-und-einfluss/die-lobby-der-superreichen-gegen-die-besteuerung-von-reichtum-119795/>).



Anhang

Du fandest die Ausführungen in der Broschüre spannend und möchtest das Thema vertiefen oder Kontakt zu einer Gruppe aufnehmen, die sich mit den Themen Ungleichheit, gerechtes Wirtschaftssystem und Steuern beschäftigt? Im Anhang findest du ein paar Tipps für weiterführende Informationen.

Weblinks:

<https://www.attac.de>,

<https://www.oxfam.de>

Bücher

Karl-Martin Hentschel/Alfred Eibl, Steuer-Revolution!, 2024

Martyna Linartas, Unverdiente Ungleichheit, 2025

Julia Jirmann, Blackbox Steuerpolitik, 2025

Jorgen Randers/Till Kellerhoff, Tax the Rich, 2025

Marlene Engelhorn, Geld, 2022

Sebastian Klein, Toxisch reich, 2025

Beispiele für Bündnisse und Gruppen in Düsseldorf

<https://buendnis-gerechtigkeit-duesseldorf.de/>

<https://bezahlbarer-wohnraum-duesseldorf.de/>

Ortsgruppen von Attac, Greenpeace, Extinction Rebellion



Attac Düsseldorf
Himmelgeister Straße 107h
40225 Düsseldorf
www.attac-duesseldorf.de
E-Mail: duesseldorf@attac.de